

*Staatsrechtliche Verhältnisse
des fürstlich Schaumburg-Lippischen Amtes
Blomberg*

LE
136
4°

LE 136.4°

1884

Erste Abteilung

Staatsrechtliche Verhältnisse

Zweite Abteilung

Verwaltungsrecht

2. 98

Sep.

Kurze Darstellung

der

Staatsrechtlichen Verhältnisse

des

Fürstlich Schaumburg-Lippischen

Amtes Blomberg.

1818.

Im September.

Frankfurt am Main,

Gedruckt mit Andreäischen Schriften.

Bei mehreren von Fürstlich Schaumburg-Lippischer Seite gegen die Fürstlich Lippe-Detmoldische Regierung der Hohen Deutschen Bundes-Versammlung vorgelegten Beschwerden, insbesondere bei jener, welche eine, dem Artikel 11. der Deutschen Bundes-Acte zuwider, mit militärischem Zwang, auf Fürstlich Schaumburg-Lippischem Gebiete, von Detmold durchgeführte Gewaltthätigkeit zum Gegenstande hat, mußten die staatsrechtlichen Verhältnisse des Fürstlich Schaumburg-Lippischen Amtes Blomberg im Allgemeinen berührt werden. Eine kurze Darstellung dieser Verhältnisse, welcher die nachfolgenden Blätter gewidmet sind, wird daher, zur Erläuterung der sämtlichen an die Hohe Bundes-Versammlung gelangten Entwicklungen, und um etwaigen Misverständnissen zuvorzukommen, nicht un Zweckmäßig erachtet werden.



S 1955 / 263

G. 1.

Von dem uralten Stamme der Grafen und edlen Herrn zur Lippe sind gegenwärtig noch zwei Linien vorhanden, die ältere Fürstlich Lippe-Detmoldische, und die jüngere Fürstlich Schaumburg-Lippische. Sowohl das Fürstenthum Lippe-Detmold, als auch das Fürstenthum Schaumburg-Lippe, macht einen Bestandtheil des Deutschen Bundes aus. Der Haupttheil der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Besitzungen, oder des gegenwärtigen Fürstenthums Schaumburg-Lippe, die Grafschaft Schaumburg nämlich, bildete von jeher ein von der Lippischen Hausverbindung abgesondertes Gebiet. Außer Schaumburg aber umfaßt das jetzige Fürstenthum Schaumburg-Lippe auch noch das Lippische Amt Blomberg, welches unbestrittener Maßen, noch bei Auflösung des Deutschen Reichs-Verbandes, in dem Lippischen Haus-Verbande begriffen war.

G. 2.

Nach Maafgabe der Lippischen Haus-Verfassung hatte nämlich die ältere Linie, gegenüber den jüngern, einen größeren Landestheil der Lippischen Gesamtbesitzungen, mit der Befugniß erhalten, gewisse gemeinschaftliche Rechte, theils allein, theils unter bestimmter Einwirkung der jüngern Linien, auszuüben. In dieser letztern Beziehung nahm die Fürstlich Schaumburg-Lippische Linie jederzeit an mehreren Regierungsrechten Theil, welche auch auf den Detmoldischen Landestheil sich erstreckten. Im Uebrigen aber hatte jede Linie über ihren besondern Landestheil die alleinige Regierung, Verwaltung und Nutzung.

G. 3.

Diese staatsrechtlichen Verhältnisse beruhen, ihrem ersten Ursprunge nach, auf einer von dem Stammvater der noch blühenden beiden Linien des Hauses Lippe, Grafen Simon dem Sechsten, in seinem Testamente vom Jahre 1597. verordneten, im Jahre 1613. zur Ausführung gekommenen ungleichen Theilung der Lippischen Lande, sind aber theils durch Verträge, theils durch Observanz, im Laufe der Zeit näher bestimmt worden.

Seit Jahrhunderten war im Hause Lippe der Fall einer Landestheilung eine seltene Erscheinung, und dennoch war die Erbfolge nach Erstgeburtsrecht diesem Hause durchaus fremd. Oft regierte nur Einer, aber bei weitem nicht immer der Erstgebohrne, und auch dieser nie vermöge des Erstgeburtsrechts.

Simon der Sechste mochte wohl, bei dem Anblick seiner vier Söhne, und in Erwägung des Umfangs seines Landes, den Gedanken dieser damals immer gewöhnlicher werdenden Erbfolge-Ordnung gefaßt haben: aber gegen ihn kämpfte das Ansehen der fremden Rechte und die väterliche Liebe. So kam er zu der Bestimmung, daß alle seine Söhne seine Erben und Nachfolger seyn, alle an Land und Leuten einen Theil haben sollten, — daß jedoch, in gewissen Beziehungen, ein gemeinsames Regiment Statt finden,

und dieses der erstgebohrne Sohn führen sollte, welcher, «damit er die Last und Bürde «des Regiments, und was dem zugehörig, desto besser tragen und ausrichten könne,» von der Grafschaft den größern Theil erhalten sollte.

G. 4.

Auf diese Weise entstanden vier Lippische Linien, jede mit einem eignen Landestheile, — Detmold, Brake, Schwalenberg, und Alverdissen, von welchen die älteste, jetzt Fürstlich Lippe-Detmoldische, und die jüngste, jetzt Fürstlich Schaumburg-Lippische, welche letztere im siebzehnten Jahrhunderte die Hälfte der Grafschaft Schaumburg ererbt hat, noch bestehen. Daß die Ungleichheit der Landestheilung in den dem ältesten Sohne wegen der Landes-Regierung auferlegten Verpflichtungen ihren Grund hatte, ergibt sich aus den oben angeführten eignen Worten des Testaments selbst, und daß diese Landes-Regierung keineswegs eine Erstreckung der Landeshoheit des Erstgebohrnen über die Landestheile der jüngern Brüder, sondern bloß die jenem vorzugsweise eingeräumte Ausübung bestimmter Rechte bezweckte, zeigt dessen ganzer Zusammenhang. Auch den Nachgebohrnen ward ein gewisser, wenn gleich kleinerer Landestheil angewiesen, nicht bloß zum Genuß, sondern zur Regierung, und obgleich Simon der Sechste den Erstgebohrnen allein den regierenden Herrn nannte: so gab er doch nicht nur auch ihnen Unterthanen, deren Wohlfahrt er ihrer besondern Sorgfalt empfahl, sondern er behielt ihnen auch eine förmliche Theilnahme an der Sammt-Regierung vor.

G. 5.

Mag es immerhin seyn, daß Simon der Sechste die Absicht, eine allzugroße Zersplitterung seiner Lande zu verhüten, mit dem Wunsche, keinen seiner Söhne gänzlich zurückzusetzen, nur mühsam, und nicht ohne scheinbare Widersprüche, vereinigen konnte: die Bestimmung der richtigen, seinem Willen gemäßen Verhältnisse kann nicht schwierig seyn, wenn man, ohne willkührliche Deutung, und ohne Nebenzwecke, seinen Worten getreu, Jedem das Seinige zutheilt.

Dem Simonischen Testamente zufolge besteht das Regiment, das der Erstgebohrne, in Ansehung der ganzen Grafschaft, führen, und in Rücksicht auf welches er den größern Landestheil besitzen soll,

- 1) in der alleinigen Ausübung der gemeinschaftlichen reichs- und freisständischen Rechte;
- 2) in der alleinigen Ausübung der gemeinschaftlichen lehenherrlichen Rechte;
- 3) in der Berechtigung zur Landfolge in der ganzen Grafschaft, jedoch dem besondern Milizenzuge in eines Jeden Antheil unbeschadet, und in der Beschreibung der Ritterschaft, auch Ritterdienste;
- 4) in der Huldigung der Städte;
- 5) in der Ausübung der Münzgerechtigkeit;
- 6) in der Benützung des Salzwerks zu Uffen;
- 7) in der Verwahrung des gemeinschaftlichen Archivs.

Dagegen sollte aber auch Detmold die Reichs- und Kreis-Lasten, so wie die Lebenspflichten und Dienste, allein leisten und tragen. Späterhin hat indessen Schaumburg-Lippe hierzu verhältnismäßige Beiträge übernommen.

G. 6.

Diejenigen gemeinschaftlichen Rechte, welche auch gemeinschaftlich von sämtlichen Linien ausgeübt wurden, bestehen in folgenden:

- 1) in der Haltung der Landtage;
- 2) in der Verwaltung der höhern, so wie der geistlichen Gerichtsbarkeit, durch das gemeinschaftliche Hofgericht und Consistorium;
- 3) in der Abfassung, Unterschrift und Publication der Landes-Edicte;
- 4) in der Publication der die Gesamt-Grasschaft betreffenden Lehens- und Edictal-Citationen.

§. 7.

In allem Uebrigen ernannte Simon der Sechste jeden seiner Söhne zu seinem Erben und Nachfolger; jeder sollte Macht haben, von seinen Unterthanen die Huldigung einzunehmen; er ermahnte alle seine Söhne, ihre Unterthanen und Landschaft so zu behandeln, wie solches Gott der Obrigkeit befohlen habe, über Gericht und Gerechtigkeit zu halten, die Untersassen bei ihren Privilegien und Gerechtigkeiten ungekränkt zu lassen, mit ihren Theilen zufrieden zu seyn, und ihre Hofhaltungen so anzuordnen, daß sie ohne Beschwerde der Unterthanen ihr Auskommen hätten. Nirgends wird über die den Nachgebohrnen angewiesenen Landestheile dem Erstgebohrnen Landeshoheit und Regierung eingeräumt, vielmehr verstand es sich von selbst, daß in allem dem, was diesem nicht vorzugsweise zugestanden war, sie in ihren Landestheilen, eben so wie er in dem seinigen, regierende Herren waren.

§. 8.

Daß auf diese Art keine Primogenitur, d. h. kein dem Erstgebohrnen und seiner Linie, nach dem Vorzug des Alters, verliehenes ausschließendes Successionsrecht in die Lippischen Lande, eingeführt worden sey, leuchtet von selbst, bei einer flüchtigen Vergleichung dessen, was geschehen ist, mit dem richtigen Begriffe der Primogenitur, in die Augen. Höchstens hätte man sagen können, in die dem Erstgebohrnen verliehenen bestimmten Rechte finde die Erbfolge nach Erstgeburttsrecht Statt. Aber selbst dies glaubte man nicht einmal in Detmold, wie denn auch Simons des Sechsten Testament in der That keine Spur davon enthält. Erst in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts wurde in allen einzelnen Linien des Lippischen Hauses das Erstgeburttsrecht eingeführt, nach dem schon früher einer der nachgebohrnen Söhne Simons, Graf Otto, Stifter der im Jahre 1708. erloschenen Brakischen Linie, das Beispiel gegeben, und Detmold die Erfahrung gemacht hatte, wie wenig in dieser Hinsicht des gemeinschaftlichen Stammvaters Verordnungen genügen. Selbst der Stifter der Detmoldischen Linie, welcher acht Söhne hatte, wollte unter diese Land und Leute nach Köpfen theilen, jedoch mit Vorbehalt der dem Ältesten nach dem Hausgesetze zustehenden Präeminenz.

Präeminenz also, und nicht Erstgeburttsrecht, nicht alleinige Herrschaft und Regierung, — ist der richtige Ausdruck zur Bezeichnung des Rechtsverhältnisses der Detmoldischen Linie zu den übrigen Lippischen Linien, in Betreff auf die Lippischen Sammtlande. Sah der erste Graf von Detmold, dem des Vaters Begünstigung zunächst zu Statten kam, der dessen eigentliche Meinung aus mündlichen Aeußerungen noch kennen konnte und mußte, die Sache also an, so läßt sich in der That nicht begreifen, wie die entferntern Nachkommen sie nun anders ansehen zu dürfen glauben mogten. Ein Glück ist es allerdings für Detmold, daß jene Ansicht nicht in die Wirklichkeit überging, aber nur ein gütlicher Vergleich, und bald darauf die Einführung des Erstgeburttsrechts in seiner eigenen Linie, bewahrte es dagegen.

Die mannigfaltigen Gestalten, unter welchen in den Häusern des Deutschen Hohen Adels der Plan, für der Familie Glanz die Familiengüter zusammen zu halten, erscheint, haben von ältern und neuern Rechtsgelehrten allerlei, zum Theil unpassende Namen erhalten. Indessen kann es nicht auf Namen, sondern nur auf die offen vor Augen liegenden Bestimmungen selbst, ankommen. Es genügt zu wissen, daß im Lippischen eine ungleiche Theilung obwaltete, die ihrer Natur nach der Primogenitur widerspricht. Ausschließende Hoheit des Erstgebohrnen über das ganze Land bezeichnet das Erstgeburtsrecht, und diesem kann ein Deputat an Land und Leuten für die Nachgebohrnen in dem Falle nicht entgegen stehen, wenn auch über dieses des Erstgebohrnen Hoheit und Landes-Regierung sich erstreckt. Haben dagegen, wie hier, alle Brüder bestimmte Landestheile, hat der Erstgebohrne nur einen gewissen Vorzug in Ansehung des Territorial-Umfangs und einiger ausdrücklich benannter Rechte erhalten, ist ihm nur dieserhalb, und nur in dieser Beziehung, die Nachfolge im Regiment zugeschrieben, ist sogar nicht einmal für seine Descendenz die Nachfolge nach Erstgeburtsrecht angeordnet, mußte eben deswegen erst in der Folgezeit in seiner Linie ein besonderes Erstgeburtsrecht eingeführt werden, — so ist wohl kein unpassenderes Wort zu Bezeichnung seines Verhältnisses auszufinden, als das einer allgemeinen Hausprimogenitur. *Quotiescunque terrae vere dividuntur, licet per partes maxime inaequales, toties neque jus primogeniturae, nec apanagium adest, sed quilibet fratrum pro sua portione est princeps vel comes regens, ein regierender Herr. Kopp de incongrua adplicat. paragii et apanagii improprii ad fam. Germ. illustres. §. 14.*

§. 10.

In Rücksicht auf die dem Ältesten zustehenden Vorrechte hat man indessen in dem Hause Lippe die Regenten der kleinern Landestheile, zum Unterschied von dem zu Detmold regierenden Herrn, öfters Erbherren, abgetheilte Herren, genannt, aber nie apanagirte. Als einst in einem Detmoldischen Schreiben an den Grafen Philipp zu Schaumburg-Lippe geäußert wurde, er sey ein Apanagirter des Lippischen Hauses, beschwerte sich derselbe sehr nachdrücklich darüber, als über eine schimpfliche Benennung, und erhielt darauf von dem Grafen zu Detmold die Antwort: «Der Name apanagiatus stehe wohl nicht in seinem Schreiben; wenn er aber darin vorkomme, so sey der Fehler seinen Råthen zuzuschreiben.»

Es finden sich überdies auch zahlreiche Beispiele, wo Lippe-Detmold den Häuptern der nachgebohrnen Linie den Titel regierender Herren beigelegt, ihrer Regierung über Land und Leute gedacht hat; — wie solches offenbar den Verhältnissen in Ansehung ihrer Landestheile ganz gemäß ist.

§. 11.

Zwar hat der in andern Beziehungen dem Grafen zu Detmold vorzugsweise beigelegte Titel eines Regierenden Herrn dessen Råthe zuweilen verleitet, daraus, als aus einer ergiebigen Quelle, Hoheitsrechte aller Art zu schöpfen, um sie über die Landestheile der sogenannten Erbherren freigebig auszugießen; auch hat eben dieser Titel in seiner Allgemeinheit bisweilen dazu benutzt werden sollen, die Regierungsrechte der Letztern auf alle Weise zu schmälern: allein solchen Unmaßungen wurde immer mit Nachdruck begegnet. Vergleiche und reichsgerichtliche Erkenntnisse sicherten die Rechte der abgetheilten

Herren, deren Behauptung zugleich die Auctorität der angesehensten Rechtsgelehrten zur Seite stand. Pro primogenito parum facit conjectura, quod dictus dominus regens in testamento, cum talia verba, si alia conjectura non concurrat, non probent subjectionem in secundogenito, ergo nec superioritatem territorialem in primogenito. Thomasius vindic. dist. inter parag. et apanag. C. III., §. 11. — Alicubi senior familiae Regierender Herr dicitur. Est enim speciale quid et ordinis tantum praerogativam designat. Ludolff de introduct. juris primogenit. aph. 12, §. 15.

Detmold selbst räumte in einem Vertrage von 1614. ein, daß den abgetheilten Herren die hohe und niedere Obrigkeit, so wie die Landsteuer, zustehe; beide Theile versprachen sich gegenseitigen Schutz, und verabredeten, wie es bei Gränzstreitigkeiten gehalten werden solle. In einem Vergleich von 1616. wurde das Recht, herrenlose Güter einzuziehen, jedem in seinem Antheile zugestanden, jedem die peinliche Gerichtsbarkeit in seinem Gebiete gesichert. Bei einer Theilung im Jahre 1621. wurde einem der Nachgebohrnen ein Landestheil zugewiesen, mit allen Hoch- und Gerechtigkeiten, wie ihn Simon der Sechste besessen hatte; — anderer Beispiele dieser Art nicht zu gedenken. In noch ausgedehnterem Sinne galt hier demnach überhaupt, was Pütter, im zweiten Bande der Rechtsfälle, Resp. CCII., S. 493 f. selbst von solchen Landen sagt, in welchen, der Hausverfassung zufolge, ein Erstgeburtsrecht eingeführt ist. «Es ist,» — sagt er, — «1) bey dem Rechte der Erstgeburt, wie es in teutschen Fürst- und Gräflichen Häusern nach und nach eingeführet worden, in Ermangelung allgemeiner Gesetze, als deren keines hier Ziel und Maas giebt, auf die besondern Familien-Gesetze eines jeden Hauses, und auf die Art, wie darin durch Verordnungen oder Verträge die Rechte des Erstgebohrnen und der übrigen Herren vom Hause bestimmt worden, lediglich zu sehen. Da denn 2) die Stifter des Rechts der Erstgeburt, oder diejenigen, so auch nachher darüber Verordnungen oder Verträge errichtet, keinesweges gebundene Hände gehabt haben, den nachgebohrnen Herren in einem Falle mehr, in andern weniger Rechte beizulegen. Auch hindert 3) nichts, daß nicht, so weit entweder die klaren Worte solcher Hausgesetze oder auch die dabey vor Augen gehaltenen Gründe als rationes legis reichen, die Auslegung derselben vielmehr darnach, als nach allgemeinem von keinem eigentlichen Gesetze unterstützten Lehrsätzen zu machen sey. u. s. f. — — Wenn also 7) der Testator und Stifter der Primogenitur dem Nachgebohrnen in dem ihm angewiesenen Districte überhaupt die Botmäßigkeit verliehen, und dem Erstgebohrnen darin nur gewisse benannte Hoheitsrechte vorbehalten hat; so kommt es in Betracht dieser letztern auf deren einzelne Benennung und Verzeichniß an, dahingegen jene collective sogenannte Botmäßigkeit, als ein Complexus jurium generalis, in dubio alle einzeln nicht ausdrücklich ausgenommenen Gerechtsame in sich begreift. u. s. f.»

§. 12.

So gern die abgetheilten Herren die dem Erstgebohrnen ausdrücklich beilegenden Vorrechte anerkannten, so bereitwillig sie ihm bisweilen selbst mehr, als die Hausgesetze mit sich brachten, einräumten, so wenig streng sie auf bloßen Formen und Titeln hielten: so nachdrücklich und standhaft vertheidigten sie sich jedoch, sobald jener die Gränze zu überschreiten versuchte, die das altväterliche Testament gezogen hatte. Und dabei erhielten sie auch der höchsten Reichsgerichte Beifall und Schutz.

So gebot im Jahre 1675. das Kaiserliche und Reichs-Kammer-Gericht dem Grafen zu Detmold,

sich mit den Gerechtigkeiten und Präeminenzen, die ihm laut des altväterlichen Testaments zustünden, zu begnügen, und sich im übrigen mit gleichem Recht zu ersättigen.

und im Jahre 1698.

in die Jurisdiction und Botmäßigkeit der Erblandesherren nicht einzugreifen, und überhaupt von allen ungebührlichen Anmassungen abzustehen.

So wurden im Jahre 1737, bei der Immission des Hauses Schaumburg-Lippe in die Aemter Blomberg und Schieder, die Bedienten und Unterthanen ihrer bisherigen Pflichten gegen Detmold entlassen, und angewiesen, dem Grafen zu Schaumburg-Lippe, als ihrem rechtmäßigen Herrn, zu Gehot und Verbot zu stehen.

Ueberall also keine Spur von einer allgemeinen, über die sämtlichen Lippischen Lande sich verbreitenden Landeshoheit, sondern vielmehr die Kennzeichen einer in Land und Leuten sowohl, als in Gerechtsamen, ungleichen Theilung.

§. 13.

Faßt man Alles zusammen, was, als Folge hiervon, in der Lippischen Hausverfassung gegründet erscheint, so findet man, daß, mit Ausnahme der dem Erstgeborenen namentlich ertheilten Rechte, jede Linie des Hauses Lippe, unabhängig von der andern, ihren Landestheil mit aller Hoheit und Superiorität erhalten hatte, — daß aber selbst der jüngeren Linie an der geistlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit über die ganze Grafschaft, so wie an der Direction des Landtags, an der Gesetzgebung u. s. w. ein wesentlicher Antheil gebührte. Solchem nach befand sich die Schaumburg-Lippische Linie, auch noch bei Auflösung des Reichsverbands im Jahre 1806, in dem unangefochtenen Besitze ihrer in dem altväterlichen Testamente gegründeten und sonst wohl hergebrachten Hoheitsrechte, sowohl in Ansehung der Gesammtregierung, als: des Rechts der Mitauschreibung der Landtage, der Mitunterschrift und Publication der Landesedikte, der Publication der Lehn- und Edictal-Citationen, der Besetzung und Visitation des Hofgerichts und Consistoriums; — als auch, in Ansehung ihres besondern Landes-Antheils, als: der Militär-Gewalt, insbesondere der Recrutenausnahme, des Befestigungs- und Besatzungsrechts, der Landes-Erbhuldigung, der Gesetzgebung, der hohen Polizei, der bürgerlichen und peinlichen Gerichtsbarkeit, des Judenschutzes, der Einführung eines neuen Steuerfußes, und der Erhebung der Landessteuern, u. s. f.

Dagegen befand sich auch Lippe-Detmold in ungestörtem Genusse der ihm zukommenden Vorzugsrechte, ohne daß man von Schaumburg-Lippischer Seite gegen die von Detmold versuchten Beeinträchtigungen jemals, durch Beschränkung dieser Vorrechte, das Vergeltungsrecht eintreten ließ.

§. 14.

In diesem gegenseitigen Verhältnisse befanden sich die beiden Lippischen Häuser, als, bei Auflösung des Reichsverbandes im J. 1806. und bei dem kurz nachher unvermeidlich gewordenen Beitritt beider Häuser zum neu errichteten Rheinischen Bunde, sowohl dem Hause Lippe-Detmold, als dem Hause Schaumburg-Lippe, jedem für den Inbegriff seiner Besitzungen, die Souverainität zu Theil ward. Wenn dieser Umstand an sich schon manche

wichtige Umwandlungen der gegenseitigen Verhältnisse, und daher manche Discussionen, erregte, so bot hierzu noch die folgende besondere Bestimmung im Art. 34. des Pariser Vertrags v. 12. Julius 1806. einen hauptsächlichsten Anlaß dar: Les Rois, Grands-Ducs, Ducs et Princes confédérés renoncent, chacun d'eux pour soi, ses héritiers et successeurs, à tout droit actuel, qu'ils pourraient avoir ou prétendre sur les possessions des autres membres de la confédération, telles qu'elles sont, et telles qu'elles doivent être en conséquence du présent traité. Les droits éventuels de succession demeurant seuls réservés, et pour le cas seulement où viendrait à s'éteindre la maison ou la branche, qui possède maintenant, ou qui doit en vertu du présent traité posséder en souveraineté les territoires, domaines et biens sur lesquels les susdits droits peuvent s'étendre. Diese Bestimmung nämlich wurde von Detmoldischer Seite aufgegriffen, um, ganz in dem Geiste des ununterbrochen beobachteten frühern Systems, neue Beeinträchtigungen gegen Schaumburg-Lippe darauf zu gründen.

§. 15.

Während man nämlich von Schaumburg-Lippischer Seite in dem eben erwähnten Verzicht eine Entsagung der Detmoldischen älteren Linie auf diejenigen Präeminenzrechte mit Grund erblickte, welche, nach der bisherigen Hausverfassung des Lippischen Gesamthauses, der Detmoldischen Linie, in Ansehung der in dem Lippischen Hausverbande begriffenen Theile des nunmehrigen souverainen Fürstenthums Schaumburg-Lippe, zugestanden hatten, glaubte man Detmoldischer Seits, im Gegentheile diese erloschenen Präeminenzrechte nicht nur fortan geltend machen, sondern sogar, auf den Grund derselben, die Souveränität über die zum Lippischen Hausverbande gehörigen Fürstlich Schaumburg-Lippischen Gebietstheile in Anspruch nehmen zu dürfen.

Daß diese Detmoldische Behauptung sowohl den ältern Rechtsbegriffen, wornach Schaumburg-Lippe keineswegs eine Detmoldische Landeshoheit über seine Lippischen Besitzungen anzuerkennen hatte, noch auch den neuen Verhältnissen, wornach nicht allein die Grafschaft Schaumburg, sondern das gesammte Fürstenthum Schaumburg-Lippe, der Souveränität theilhaftig geworden war, zuwiderlief, bedarf keiner näheren Zergliederung. Wenn man aber auch im Allgemeinen davon allein ausgehen wollte, daß die Souveränität, als bloßes Resultat der Auflösung des Reichsverbandes und der Kaiserlichen und Reichsoberhoheit, demjenigen zugefallen sey, welcher bisher im Besitze der Landeshoheit gewesen war, so konnte als Inhaber der Landeshoheit über die Lippischen Districte der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Besitzungen, nicht das Detmoldische Haus betrachtet werden, welchem über diese unter Schaumburg-Lippischer Botmäßigkeit stehenden Districte nur gewisse einzelne benannte Hoheitsrechte, zum Behufe des fortbestehenden Verbandes der Gesamtlande, vorbehalten waren, sondern lediglich das Schaumburg-Lippische Haus selbst, welches sich nicht nur im Besitze des Landestheils, sondern auch, nach Pütters (oben S. 12. am Ende, angeführtem) Ausdrücke, im Besitze jener collective sogenannten Botmäßigkeit befand, welche, als ein Complexus iurium generalis, in dubio alle einzelnen nicht ausdrücklich ausgenommenen Gerechtsame in sich begreift. Diesem Complexus iurium generalis, — nicht aber den einzelnen begränzten und namentlich bezeichneten Hoheitsrechten Detmolds, — war offenbar die neue Souveränität, auch allgemeinen Rechtsbegriffen zufolge, accrescirt, — und nur ein absichtliches oder nicht absichtliches Mißkennen aller bestehenden Verhältnisse, konnte eine Beziehung des Verzichts im Art. 34. des Pariser Vertrags v. 12. Juli 1806. auf jenen erstern, und nicht vielmehr auf diese letztern, möglich werden lassen.

§. 16.

Auf solchen Gründen beruhen die Ansprüche, welche man Detmoldischer Seits auf die Souverainität über das zum Fürstenthum Schaumburg-Lippe gehörige Amt Blomberg behauptete.

Da man gegenseitig sich nicht über diese Differenzen verständigen konnte, indem man Detmoldischer Seits von der gefaßten irrigen Ansicht nicht abgehen wollte, und eine richterliche Ausgleichung unter den damaligen Umständen undenkbar war: so schien endlich beiden Häusern das rathsamste, diese Differenzen einer schiedsrichterlichen Entscheidung zu unterwerfen. Das in der ersten Anlage beigefügte, von beiden Theilen ratificirte Compromiß vom 5. Julius 1812. enthielt hierüber die nähere Vereinbarung. Unter dem nämlichen Tage ward zugleich das in der zweiten Anlage beigefügte, gleichfalls von beiden Seiten ratificirte Interimisticum für die Dauer der compromissarischen Verhandlungen abgeschlossen. Da nun aber bis jetzt noch keine Erledigung der bestehenden Differenzen auf vertragenem Wege veranlaßt worden ist: so kann der gegenwärtige, wiewohl nur einstweilige publicistische Rechtsstand des Amtes Blomberg nur allein nach diesem Interimisticum bemessen werden.

A n l a g e n.

E r s t e A n l a g e.

V e r a b r e d u n g ü b e r d a s C o m p r o m i s s.

Nachdem Ihre Hochfürstliche Durchlaucht, die Fürstin Regentin zu Lippe-Detmold einer, — und der regierende Fürst zu Schaumburg-Lippe anderer Seits, in der Absicht, das gegenseitige gute Einverständniß wieder herzustellen und für immer zu befestigen, übereingekommen sind, die zwischen beiden hohen Häusern, wegen der Souverainität über das Amt Blomberg, obwaltenden Differenzen einer schiedsrichterlichen Entscheidung zu unterwerfen, so haben Höchst dieselben die Unterzeichneten zur Verabredung eines Compromisses beauftragt, welche sich über nachstehende Punkte vereinigt haben.

A r t i k e l I.

Die wegen der Souverainität über das Amt Blomberg obwaltenden Differenzen sollen durch Schiedsrichter entschieden werden.

A r t i k e l II.

Jedes der beiden hohen Häuser schlägt dem andern aus den zum rheinischen Bunde gehörenden Souverains drei vor, aus welchen wechselseitig einer zum Schiedsrichter erwählt wird, und den so erwählten beiden Schiedsrichtern bleibt es freigestellt, von den übrigen Souverains einen zum Obmann zu ernennen, der in dem Fall zu entscheiden hätte, wenn die Schiedsrichter verschiedener Meinung seyn sollten.

A r t i k e l III.

Die Benennung der zu Schiedsrichtern bestimmten Souverains soll, von heutigem Tage an, binnen 8. Tagen, zuerst Lippe-Detmoldischer Seits, und Schaumburg-Lippischer Seits die Auswahl und Benennung, vom Empfang der gegenseitigen Anzeige an, in gleicher Frist erfolgen. Sodann sollen die zu Schiedsrichtern erwählten Fürsten in einem gemeinschaftlichen Schreiben beider Hochfürstlichen Durchlauchten um Uebernahme des Schiedsrichter-Amtes sofort ersucht werden.

A r t i k e l IV.

Von dem Tage an, wo man von der Bewilligung dieses Gesuchs unterrichtet ist, hat jeder Theil eine Frist von drei Monaten, um seine Souverainitäts-Ansprüche in einer mit den nöthigen Beweismitteln versehenen Deduction den Schiedsrichtern darzulegen. Eine Versäumniß dieser Frist soll als eine Verzichtleistung auf die innerhalb derselben

nicht deducirten Ansprüche betrachtet werden. Nur außerordentliche gehörig zu beweisende Hindernisse sollen die Schiedsrichter berechtigen, diese Frist zu verlängern.

Artikel V.

Die Deductionen sollen nach erfolgter Mittheilung, gleichfalls binnen 3. Monaten, und zwar unter dem Präjudiz der Ausschließung, beantwortet, und es soll damit zum Erkenntniß geschlossen werden. Jedoch soll es den Schiedsrichtern frei stehen, nach Befinden eine Verhandlung bis zur Duplik zu veranlassen, wie auch diejenigen bei den ehemaligen Reichsgerichten verhandelten Acten zu avociren, welche, in Gemäßheit des Antrages des einen oder des andern Theils, zur Aufklärung der Sache dienlich oder nothwendig gehalten werden.

Artikel VI.

Die zu Schiedsrichtern zu erwählenden Souverains sollen ersucht werden, die Verfügung zu treffen, daß, nach völlig beendigter Instruction, binnen Jahresfrist durch eignen Ausspruch der Subdelegirten, die Entscheidung erfolgt.

Artikel VII.

Von diesem Erkenntniß soll kein Rechtsmittel irgend einer Art statt finden.

Artikel VIII.

Auf den Fall, daß der eine oder der andere Theil Schwierigkeiten machen sollte, sich der schiedsrichterlichen Entscheidung zu fügen, soll den Schiedsrichtern die Vollmacht zur Ernennung eines Executors derselben ertheilt werden.

Artikel IX.

Nach Beendigung des Compromisses über die Souverainität, soll eine Uebereinkunft wegen schiedsrichterlicher Entscheidung über etwaige weitere gegenseitige Ansprüche geschlossen werden.

Bückeburg, den 5. July 1812.

Helwing. von Berg.

Zweite Anlage.

Verabredung über ein Interimisticum.

Nachdem Endesunterzeichnete, in Auftrag ihrer beiderseitigen höchsten Herrschaften, wegen eines Compromisses, die Souverainität über das Amt Blomberg betreffend, eine Uebereinkunft geschlossen haben, so sind sie, in gleichmäßigem Auftrag, wegen eines Interimistici während der compromissarischen Verhandlungen, über folgende Punkte übereingekommen.

Artikel I.

Bis zur Entscheidung der Hauptsache werden keine Gesetze in Beziehung auf das Amt Blomberg erlassen oder publicirt; nur einstweilige Polizeiverfügungen werden von Schaumburg-Lippe erlassen.

Artikel II.

Sollte nach einem Jahre der Spruch der Schiedsrichter nicht erfolgt seyn, so bleibt die Aushebung der Recruten, im Fall sie dann nothwendig würde, Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Schaumburg-Lippe zu HöchstDero Contingent, nach dem bei dem Eintritt in den Rheinbund dabei beobachteten modus. Wird in der Hauptsache für Lippe-Detmold entschieden, so müssen die aus dem Amte Blomberg bei dem Schaumburg-Lippischen Contingent befindlichen Soldaten an Lippe-Detmold abgegeben werden.

Artikel III.

Obgleich das Lippische Hofgericht nicht verfassungsmäßig besetzt ist, soll es doch bis zur Entscheidung der Hauptsache in der bisherigen Art seine Jurisdiction fortsetzen.

Artikel IV.

In Ansehung des Consistoriums soll es bei der bisherigen Verfahrensart, ohne weitere Einsprüche, einstweilen verbleiben.

Artikel V.

Die Lippischen Lehne im Amte Blomberg bleiben interimistisch bei dem Lehnshofe zu Detmold; von fremden Souverains etwa heimgefallene werden vorläufig von ihm eingezogen, aber bis zur Entscheidung der Sache nicht vergeben. Schaumburgische Lehne bleiben bei dem bisherigen Lehnsherrn, es wird jedoch der Commissionsrath Herford bei dem Genuß des von Losbergischen Lehns interimistisch gelassen.

Artikel VI.

Die adelichen Hinterlassen stehen provisorisch unter der Jurisdiction des Amts Blomberg und sind einstweilen von der Aushebung zur Conscription befreit.

Artikel VII.

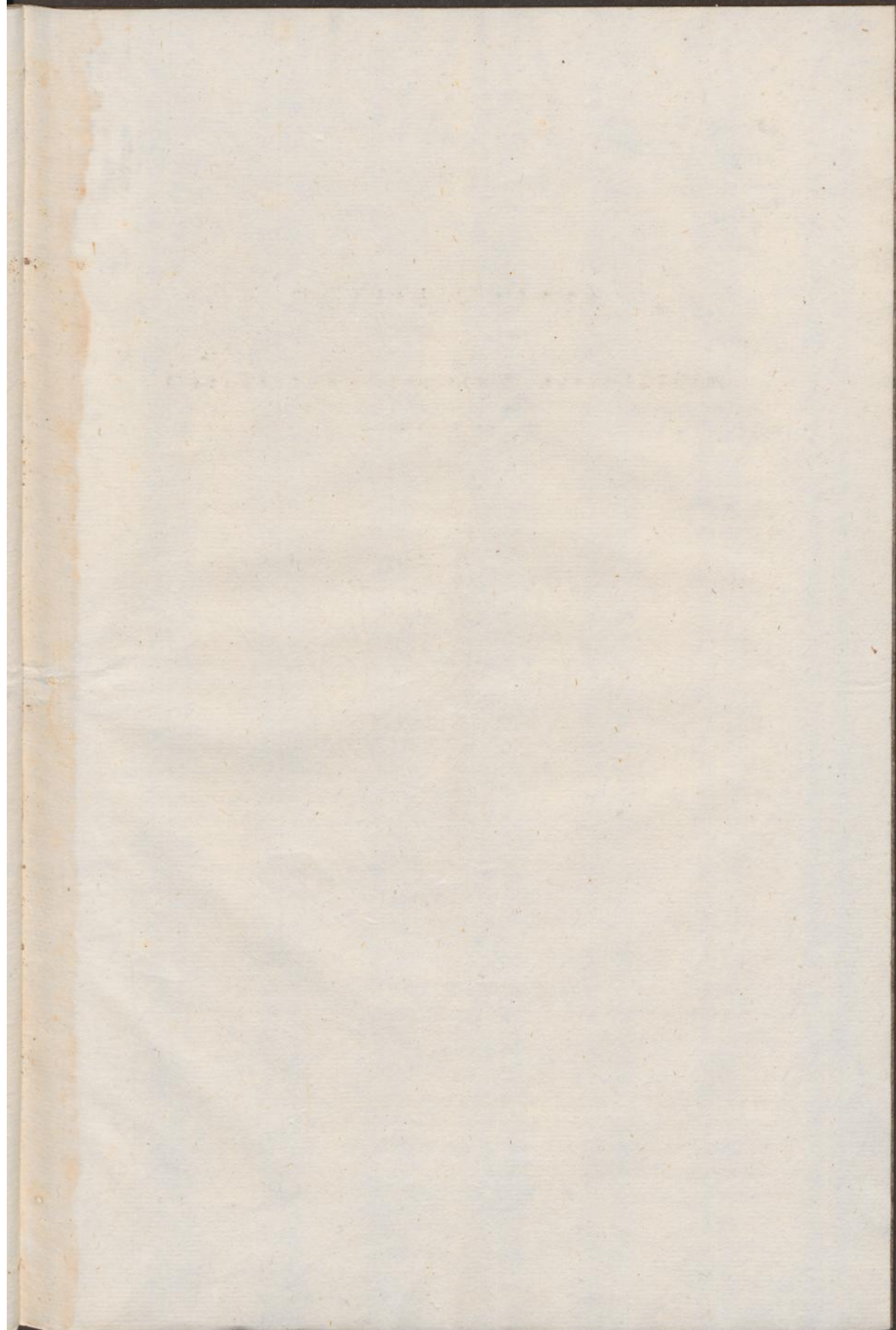
Sollte wider Erwarten in Ansehung anderer Gegenstände noch Zweifel entstehen so soll, während der schiedsrichterlichen Verhandlungen, in keinem Falle zu Thätlichkeiten oder Neuerungen geschritten werden.

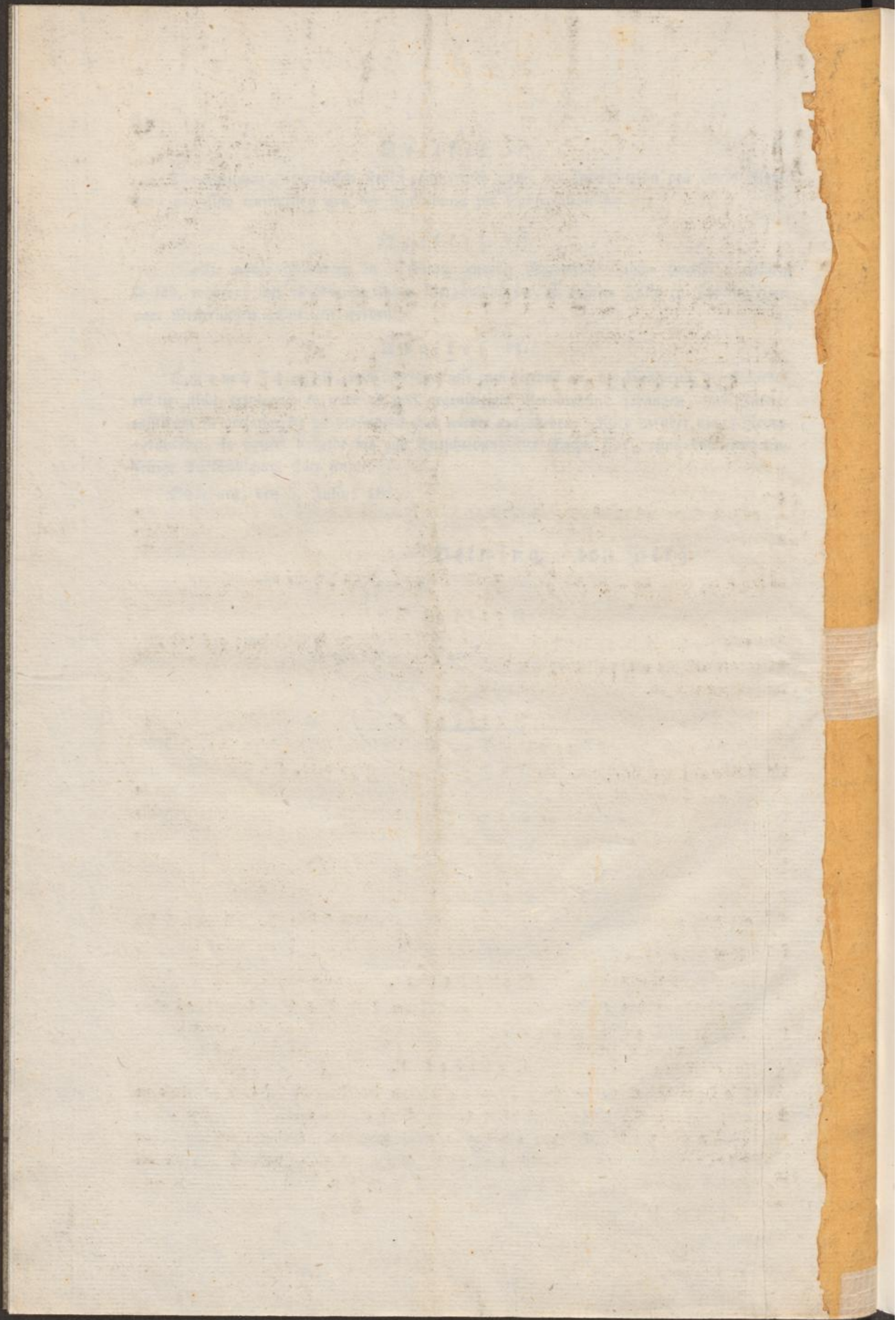
Artikel VIII.

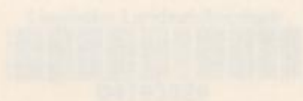
Sollte nach Jahresfrist, von dem Schlusse zum Urtheil an, der Ausspruch der Schiedsrichter nicht erfolgen, so wird es von gegenseitiger Verabredung abhängen, dies Interimsticum zu verlängern, zu verändern oder wieder aufzuheben. Wird darüber nichts Neues verabredet, so dauert dasselbe bis zur Entscheidung der Sache fort, ohne daß eine einseitige Aufkündigung statt findet.

Bückeburg, den 5. Julius 1812.

Helwing. von Berg.







8360125

8309157

Lippische Landesbibliothek



04763029

ALBERT CAMEN
Buchbindermeister
DETMOLD

